

Arbeitskreis Lokale Politikforschung

Hoffnungsträger lokale Ebene?

Termin: Donnerstag, 27.09.2012, 15.30-18.30 Uhr

Ort: siehe Kongressprogramm

PD Dr. Karsten Zimmermann, Technische Universität Darmstadt

Zwischen Akteursfiktion und Mehrebenenverflechtung: lokale Klimapolitik auf innovatorischen Pfaden

Die lokale Umweltpolitik scheint sich derzeit in einem tiefgreifenden Wandel zu befinden, der sowohl die Bedeutsamkeit (Green Capital!!) als auch die Instrumente und Verfahrensweisen betrifft. Viele Städte positionieren sich selbstbewusst als spielbestimmende Akteure in der Gestaltung der Klimapolitik und Energiewende. Gerade mit Blick auf die lokale Umweltpolitik stellt sich allerdings die Frage, ob nicht eine zunehmende Fremdbestimmung durch die europäische Politik sowie ein durch Haushaltsengpässe reduziertes umweltpolitisches Programm die Situation bestimmt und die "Handlungsermächtigung" in der Klimapolitik ein leicht verzerrtes Bild erzeugt. Dem wäre nachzugehen und zwar unter den im CfP genannten Gesichtspunkten "Hoffnungsträger lokale Ebene", "administrative Neuerungen und ihre Wirkungen" sowie "lokale Innovationen". Insgesamt soll der Beitrag dazu dienen, eine Statusbestimmung zur lokalen Umweltpolitik im europäischen Kontext zu präsentieren. Der Beitrag wird sich auf Zwischenergebnisse einer DFG-Forschergruppe zu lokalen Klimapolitik beziehen und die klimapolitischen Aktivitäten der Städte München, Stuttgart und Frankfurt seit den frühen 90er Jahren darstellen. Ich werde dabei auf Ergebnisse fast aller Teilprojekte der Forschergruppe zurückgreifen können, also auch den Bereich lokale Verkehrspolitik, Immobilienwirtschaft, Baulandentwicklung und Europäisierung.

Lena Bendlin, Freie Universität Berlin

Subnationale Klimapolitik in der Europäischen Union – Multi-level Governance im Konvent der Bürgermeister

Angesichts der stockenden internationalen Klimaverhandlungen und der mäßigen Erfolge nationaler Programme zur Emissionsminderung gelten der lokalen Klimapolitik große Hoffnungen. Die Mehrebenenpolitik – insbesondere unter Einbeziehung urbaner Regionen als Orte wesentlicher Emissionsmengen und Reduktionspotenziale – verkörpert einen alternativen Ansatzpunkt für klimapolitische Innovationen. Ein solches Hintertürchen für klimapolitischen Fortschritt ist gerade auch für Europa attraktiv, das seinen Führungsanspruch in der globalen Klimapolitik zuletzt weder durch seine Rolle innerhalb des UNFCCC noch mit durchschlagenden Erfolgen bei der Emissionsminderung untermauern konnte. In dieser Situation initiierte die Europäische Kommission

2008 den Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors, CoM), eine „offizielle europäische Bewegung“, in der sich Städte und Gemeinden freiwillig verpflichten, das EU Emissionsminderungsziel von 20% bis 2020 durch nachhaltige Energiepolitik noch zu übertreffen.

Doch konnte die Kommission mit dem CoM tatsächlich eine neue Arena der Klimapolitik einführen, innerhalb derer die lokale Ebene als Innovationsträger wirkt? Diese Fragestellung wird mithilfe des Multi-level Governance-Ansatzes anhand von Mitgliedskommunen aus Deutschland und Frankreich untersucht. In vergleichender Perspektive erhellen Fallstudien zu best-practicescases vor dem Hintergrund unterschiedlicher politischer Systeme und Ausgangssituationen das Zusammenspiel der Akteure. Zentrales Erhebungsinstrument bilden qualitative, halbstrukturierte Experteninterviews, d.h. mit Beteiligten aus dem CoM, aus seinen Mitgliedskommunen und von kooperierenden Institutionen.

Prof. Dr. Adalbert Evers, Justus-Liebig-Universität Gießen / Dipl. Pol. Benjamin Ewert, Justus-Liebig-Universität Gießen

Soziale Innovationen für soziale Inklusion. Konzeptionelle Überlegungen und erste Ergebnisse eines internationalen Städtevergleichs

Als ein Art „Zwischenbericht“ präsentiert der Beitrag konzeptionelle Überlegungen und erste Ergebnisse des EU-Forschungsnetzwerkes „WelfareInnovationsattheLocal Level in FavourofCohesion“ (7. Rahmenprogramm; www.wilcoproject.eu). Vor dem Hintergrund von Untersuchungen in 20 europäischen Städten in zehn Ländern sollen verschiedene Typen von sozialen Innovationen analysiert werden, die tradierte Muster lokaler bzw. städtischer Sozialpolitik herausfordern. Dies geschieht in den Bereichen Wohnen, Stadtteilentwicklung, Kinderbetreuung und Arbeitsmarktintegration unter besonderer Berücksichtigung der Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Alleinerziehenden und Migranten.

Im ersten Teil des Beitrags wird das zugrundeliegende Verständnis „sozialer Innovationen“ erläutert. Im Unterschied zu anderen Definitionen wird der Begriff Innovation weder als etwas uneingeschränkt „Gutes“ begriffen noch wird davon ausgegangen, dass soziale Innovationen notwendigerweise „von unten“, etwa durch soziale Bewegungen, ausgelöst werden. Das genuin „neue“ an sozialen Innovationen erschließt sich stattdessen im Kontext von breiteren gesellschaftlichen Entwicklungen sowie von sich wandelnden kulturellen als auch professionellen Überzeugungen und Praktiken. Die Darstellung der Verbindungen von Reformen lokaler Wohlfahrtssysteme und einzelnen Innovationen kann als weiterführender Ansatz des Projektes angesehen werden über das berichtet werden soll. Während Diskurse über neue Formen von Governance und Sozialpolitik auf lokaler Ebene kaum Bezug zur Debatte um Innovationen nehmen, vermag diese Debatte bisher wenig zu der Frage beizutragen, welche Rolle soziale Innovationen in breiteren Reformkonzepten spielen können und sollen.

Zur Illustration erster Forschungsergebnisse befasst sich der zweite Teil des Beitrags exemplarisch mit dem Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (als einer der 20 Städte des WILCO-Projektes). Anhand von Beispielen werden drei Dimensionen sozialer Innovationen diskutiert: (1) neue Formen der Adressierung von Nutzern, (2) neue Formen der Organisation von und Arbeitsweise in

innovativen Projekten und (3) ihre jeweilige Verknüpfung mit lokalen Kontextbedingungen, insbesondere mit dem System der lokalen Verwaltung und Wohlfahrtsproduktion.

Ein vorläufiges Fazit, in dem vor allem Risiken innovativer Ideen und die Ambivalenz entsprechender Ansätze thematisiert werden, schließt den Beitrag ab. Hier wird insbesondere die Schwierigkeit hervorgehoben, soziale Innovationen in Policy-Kontexten zu implementieren, die sowohl innovationsförderlich als auch -hinderlich sind, in denen Politik also Innovationen gleichermaßen als Beleg der eigenen Wandlungsfähigkeit wie auch zur Aufrechterhaltung der bestehenden Machtstrukturen nutzt.

Dr. Annette Vollmer, FernUniversität Hagen / Prof. Dr. Annette E. Töller, Fern-Universität Hagen

Effekte direktdemokratischer Verfahren auf lokale Politikergebnisse?

Seit 1990 wurden in Deutschland in allen Bundesländern auf Gemeindeebene die direktdemokratischen Verfahren Bürgerbegehren und Bürgerentscheid eingeführt. Die Schwerpunkte der bisherigen Verfahren lagen auf folgenden Themen: Öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen, Verkehrsprojekte, Öffentliche Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen, Wirtschaftsprojekte und Gebietsreform. Fast die Hälfte der Verfahren betrafen bauleitplanerische Themen.

Häufig richten sich Bürgerbegehren gegen eine Entscheidung, mit der eine Kommune ihren finanziellen Spielraum erhöhen will. Beispiele dafür sind die Ansiedlung von Gewerbe, Privatisierungen oder der Verkauf städtischer Grundstücke an private Investoren. Argumentativ werden in diesen Verfahren Gemeinwohlinteressen gegen private Verwertungsinteressen in Stellung gebracht, faktisch handelt es sich aber vor allem um eine Umverteilung von Nutzungsrechten.

Das vorgeschlagene Paper beruht auf einem Projekt, das in diesem Kontext aus einer politikfeldanalytischen Perspektive der Frage nachgeht, wie sich direktdemokratische Verfahren auf der kommunalen Ebene auf die Substanz der politischen Resultate auswirken. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Fallbeispielen aus den Themenfeldern Bauleitplanung, Privatisierung (bzw. Rekommunalisierung) von öffentlichen Infrastruktureinrichtungen und Verkehrsprojekte. Dabei wird eine politikfeldanalytische Perspektive mit einer x-orientierten Fragestellung („zu was führt x“) mit einer sozialpsychologischen Forschungsperspektive kombiniert, die nach den individuellen und kollektiven Bedingungen für Partizipation an solchen Verfahren fragt.

M.A. Marlon Barbehön, Technische Universität Darmstadt / Dr. Sybille Münch, Technische Universität Darmstadt

Handlungskapazitäten in der städtischen Selbstwahrnehmung: Die Eigenlogik der Städte in kommunalen Problem Diskursen

Die Frage, inwiefern die lokale Ebene als Hoffnungsträger für politische Willensbildung und Entscheidungsfindung angesehen werden kann, wird meist vor dem Hintergrund des abnehmenden finanziellen Spielraums bei gleichzeitig zunehmenden Aufgabenbereichen von Kommunen zu beantworten versucht. Eine solche „positivistische“ Perspektive lässt jedoch die Interpretation und diskursive Verarbeitung materieller Rahmenbedingungen weitestgehend außer Acht.

An diesem Punkt setzt der Vortrag an, der an das laufende DFG-Projekt Problemdiskurse: Eigenlogik der Städte und politische Agenda (siehe <http://www.stadtforschung.tu-darmstadt.de/projektverbund>) anschließt. Auf Grundlage des „interpretive turn“ in der Policy-Forschung sowie der Forschungsperspektive der „Eigenlogik der Städte“ wird davon ausgegangen, dass Städte unterschiedliche und unterscheidbare Sinnhorizonte evozieren, die sich auch in die Perzeption und Deutung politischer Realität einschreiben. Welche Gegenstandsbereiche als städtische Probleme auf die Agenda gelangen und in welcher Form sie thematisiert werden, ist demnach nicht ohne Berücksichtigung des städtischen Diskurses und der Deutung von Handlungsoptionen und -beschränkungen zu verstehen.

Im Vortrag sollen diese Untersuchungsperspektive näher ausgeführt sowie erste Ergebnisse aus der vergleichenden Analyse der Problemdiskurse in Frankfurt am Main und Dortmund vorgestellt werden. Die Kontrastierung der städtischen Debatten zeichnet dabei ein Bild, nach dem Frankfurt seine identifizierten Probleme als positive Herausforderungen und als Beleg für den eigenen Erfolg deutet. Selbst in der Problematisierung bleibt somit ein positiver Grundton erhalten und das Handlungspotenzial kommunaler Politik wird als grundsätzlich hoch eingeschätzt und bisweilen überschätzt. Demgegenüber dominieren in Dortmund die Formulierung von Sachzwängen und die Externalisierung von Verantwortlichkeit den Diskurs, was bestimmte Probleme als schlechthin unlösbar erscheinen lässt.